

Colin Roß:

## Das „Kreuz im Kreis“ und das Hakenkreuz

Offener Brief an den Gründer der American National Progressive Party, Gouverneur  
Philip La Follette von Wisconsin

Sehr geehrter Herr Gouverneur!

Ihre Schöpfung, die neubegründete National Progressive Party, bildet die Veranlassung zu diesem Schreiben.

Es ist wohl nur natürlich, daß ich in ganz besonderem Maße daran Anteil nehme. Einmal hatte ich den Vorzug, Sie drüben zu hören, und ich werde nie vergessen, in welcher vornehmer, eindeutiger Weise Sie bereits vor Jahren den Eintritt Amerikas in den Krieg als einen Fehler bezeichneten und von dem Versailler Vertrag abrückten. Zum andern bin ich ganz allgemein durch meine publizistische und literarische Tätigkeit an allen Vorgängen in USA. interessiert. Aber das allein würde diese ungewöhnliche Art der Stellungnahme zu einer inneramerikanischen Angelegenheit in Form eines direkten Schreibens an Sie, Herr Gouverneur, noch nicht rechtfertigen, und Sie werden daher annehmen, daß ihm eine besondere Veranlassung zugrunde liegt.

Das ist in der Tat der Fall. Ich bin der Ansicht, daß Ihre große Rede auf der Gründungsversammlung der neuen Partei nicht nur einen Markstein in der Geschichte der amerikanischen Parteien bedeutet, sondern daß sie auch die Beziehungen des amerikanischen zum deutschen Volke weitgehend beeinflussen wird oder zum mindesten beeinflussen kann.

Und das ist ein Punkt, an dem ich nicht vorüberzugehen vermag, ohne in persönlichster Weise dazu Stellung zu nehmen.

Ich darf für mich in aller Bescheidenheit in Anspruch nehmen, mich seit Jahren um ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Völkern zu bemühen, in Deutschland für eine gerechtere Beurteilung Amerikas zu werben, wie in USA. um mehr Verständnis für Deutschland. Daß dies nicht immer ganz leicht ist, brauche ich wohl nicht erst zu betonen. Alle Vorstich und Zurückhaltung, die ich mir bei meinen Reisen in USA. grundsätzlich auferlege, konnten nicht verhindern, daß Dickstein und Untermeyer mich für einen Nazi-Agenten und Gestapo-Mann erklärten. Auf der anderen Seite wird mir von manchen Stellen in Deutschland verübelt, daß ich selbst zu Zeiten ärgster amerikanischer Pressehege für Amerika und seine Art zu denken und zu urteilen eingetreten bin. Ich tat dies erst in diesen Tagen wieder, wo doch die Frage der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche drüben in verzerrtester und entstelltester Weise behandelt wurde.

Daß mich in dieser meiner Haltung weder das Propagandaministerium noch irgendeine andere amtliche Stelle des Staates oder der Partei je zu beeinflussen versucht hat, würde ich nicht erwähnen, hätte man in USA. nicht so groteske Vorstellungen über Zensur und Knebelung der geistigen Freiheit in Deutschland. Auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen als Journalist wie als Vortragsredner in Deutschland und in den Vereinigten Staaten wage ich zu behaupten, daß im Rahmen der jeweils herrschenden Weltanschauung die gleiche Meinungs-freiheit besteht.

Nun werden Sie mir entgegenhalten, daß dies ja gerade der Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie sei, daß letztere nicht nur im Rahmen der herrschenden Staatsauffassung volle Meinungsfreiheit gewährt, sondern auch außerhalb von ihr, daß es jedem gestattet sei, selbst Meinungen und Ideen öffentlich zu vertreten, die nicht nur Staatsform und Regierung angreifen und kritisieren, sondern sie sogar zu stürzen suchen. Allein, daß dies zwar in der Theorie, in der Praxis jedoch nur sehr bedingt gilt, wissen Sie, Herr Gouverneur, ebenjogut wie ich. Und schließlich gilt dieses angebliche Grundgesetz der Demokratie nicht einmal restlos in der Theorie, sonst würde Ihre Einwanderungsbehörde doch nicht die vielen verhänglichen Fragen vorlegen: ob einer Anarchist, Bigamist usw. sei.

Form und Art der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und ihrer Organe ist in Deutschland und Amerika verschieden, aber vorhanden ist sie in beiden. Den umfangreichen

Apparat, über den Washington dafür verfügt, kennen Sie, Herr Gouverneur, sicher mindestens so gut wie ich. Wenn in Amerika die Staatsgewalt gegen sogenannte „subversive Tendenzen“ weniger rücksichtslos vorzugehen braucht, wenn sie sich den Luxus leisten kann, selbst heftige Anklagen und Angriffe in der Öffentlichkeit scheinbar zu übersehen, so, weil es sich hier um eine seit Jahrhunderten in der Bevölkerung eingewurzelte Weltanschauung und auf ihr beruhende Staats-, Wirtschafts- und Lebensform handelt. Im nationalsozialistischen Deutschland dagegen sind es junge, völlig neue Ideen und Gestaltungen, die in diesen Anfangs- und Übergangsjahren selbstverständlich noch eines ganz anderen staatlichen Schutzes bedürfen. Sie werden mir die Berechtigung dafür zugeben, wenn Sie sich daran erinnern, in welcher Weise man in U.S.A. nach dem Siege der Revolution die Anhänger der unterlegenen Weltanschauung und Staatsauffassung rücksichtslos zur Emigration zwang, und zwar unter einer viel weitergehenden Beschlagnahme ihres Vermögens, als es nach dem Siege der nationalsozialistischen Revolution geschah.

Diese sogenannten „Loyalisten“, die immerhin ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, waren nach einer Rede, die Präsident Roosevelt vor kurzem hielt, „Faschisten!“ Vor den „Töchtern der Revolution“ sprach er von „unseren Vorfahren, die das faschistische Joch abwarfen“.

\*

Und damit bin ich bei dem eigentlichen Kernpunkt und der unmittelbaren Veranlassung zu diesem Schreiben. Es ist in Amerika üblich geworden, alles im Augenblick Unerwünschte und Unsympathische wie Unwürdige und Ungerechte kurzerhand als „Faschismus“ zu bezeichnen und damit des Beifalls seiner Zuhörer oder Leser sicher zu sein.

Gerne und dankbar erkenne ich an, daß Sie, Herr Gouverneur, in Ihrer Rede jeden direkten Angriff, ja selbst jede leise Verunglimpfung Deutschlands vermieden haben, obgleich Sie diese Haltung die Unterstützung der großen jüdisch kontrollierten Presse kosten kann. Aber selbst Sie, Herr Gouverneur, glauben doch in Ihrer Rede der antisfaschistischen Stimmung in U.S.A. Rechnung tragen zu müssen, ja Sie begründen Ihre neue Partei direkt mit der Notwendigkeit, durch diese Neuschöpfung die amerikanische Freiheit vor der angeblich drohenden faschistischen Diktatur retten zu müssen.

Nun ist es selbstverständlich Ihr gutes Recht als Amerikaner, den „Faschismus“ abzulehnen und zu bekämpfen, wenn Sie ihn für verderblich halten. Kein Deutscher oder Italiener wird Ihnen dies verübeln; allein wogegen wir uns wenden, wogegen wenigstens ich mich wende — da ich mir ja nicht anmaßen möchte, auch nur im Namen meines Volkes zu sprechen —, ist die Art und Weise, wie man drüben „faschistische“ Gedanken angreift, nationalsozialistische Einrichtungen nachahmt, und trotzdem nicht aufhört, die Schöpfer dieser Gedanken und Einrichtungen zu bekämpfen, ja als Abschaum der Menschheit zu verurteilen.

Sie, Herr La Follette, haben — abgesehen von Ihren Angriffen auf den Faschismus — eine rein faschistische, oder sagen wir „nationalsozialistische“ Rede gehalten. In Ihren wirtschaftlichen wie weltanschaulichen Ausführungen ist kaum etwas, das ich als überzeugter Nationalsozialist nicht unterschreiben könnte. Ja, mehr als das: viele Ihrer wichtigsten Sätze hätte nicht nur Adolf Hitler ebenso gut sprechen können, nein, er hat sie vielmehr gesprochen, sogar fast im gleichen Wortlaut.

Ich glaube gern, Herr Gouverneur, daß Ihnen diese Tatsache bisher unbekannt war, ja, daß Sie zutiefst erschrecken, wenn ich Ihnen im folgenden nachweisen werde, wie weitgehend Sie Ansprüche unseres Führers nachgesprochen haben und als Leitsätze Ihrer neuen, angeblich antisfaschistischen Partei proklamierten, was Hitler seit vielen Jahren als Grundlage des Nationalsozialismus verkündete.

Nun weiß ich selbstverständlich, daß Sie gar nicht anders handeln konnten, oder zum mindesten glauben, nicht anders handeln zu können. Ich kenne die Einstellung in den Staaten sehr genau. Seit 1911 komme ich zum mindesten alle paar Jahre auf längere oder kürzere Zeit hinüber, und wenn ich in Deutschland bin, stehe ich in dauernder brieflicher Verbindung mit meinen amerikanischen Freunden, wie ich auch ein offenes Haus für sie habe wie für alle, die sie mir herüberschicken. Und so weiß ich natürlich, daß es für einen amerikanischen Politiker zunächst glatten politischen Selbstmord bedeuten würde,

wollte er wagen, sich zu faschistischen Gedanken zu bekennen. Selbst sie nicht zu verurteilen und laut zu verdammen, ist bereits bedenklich.

Aber so weitgehend ich das auch verstehe, so gibt es für das Verstehen eine Grenze. Und so sehr ich auch Amerika liebe und für es eintrete, so hindert das nicht, daß zu allererst für mich Deutschland kommt. Und so ungern ich Ihnen, Herr Gouverneur, einen Bändendienst leiste, so kann ich doch nicht mit ansehen, daß Sie uns — wie man drüben sagt — „unseren Donner stehlen!“ und uns obendrein noch verunglimpfen. Aber darüber hinaus ist es meine feste, ehrliche Überzeugung, daß letzten Endes weder Ihnen noch Ihrer neuen Partei mit dieser Tarnung und dieser wissenschaftlich oder unwissenschaftlich falschen Einstellung zum Faschismus gedient ist.

\*

Aber ehe ich im einzelnen darauf eingehe, wie weitgehend Sie, Herr Gouverneur, in Ihrem Parteiprogramm bereits Faschist sind, muß ich mich im Allgemeinen darüber verbreiten, was denn nun eigentlich „Faschismus“ ist. Das ist um so nötiger, als man in Amerika und Europa ganz verschiedene Dinge darunter versteht. Die Verständigung zwischen „Faschisten“ und Antifaschisten ist deshalb so schwierig, weil einer den andern gar nicht kennt.

Deshalb muß zunächst einmal eine klare, einwandfreie Terminologie geschaffen werden. Wie sollten Menschen, noch dazu verschiedener Sprache, sich verständigen, wenn Begriffe wie Demokratie und Diktatur, Faschismus und Bolschewismus, Kapitalismus und Sozialismus für sie grundverschiedene Bedeutungen haben. Wie schwierig es ist, selbst unter Menschen des gleichen Staates und der gleichen Sprache eine Verständigung darüber zu erzielen, geben Sie in Ihrer Rede ja selber zu, wo Sie mit all diesen Bezeichnungen nichts zu tun haben wollen, und die wirtschaftlich-sozialen Grundfragen auf die beiden Begriffe des „Erzeugers“ und „Sammlers“ (earner and collector) zurückführen.

Und so ist im sprachlichen Austausch der Völker untereinander mit diesen vieldeutigen Begriffen erst recht nichts anzufangen. Demokratie und Diktatur sind keineswegs die unüberbrückbaren Gegensätze, als die man sie hinzustellen liebt, ja, manche angebliche Demokratie ist in Wahrheit eine Diktatur, wie umgekehrt.

Um zu einer Klärung zu gelangen, muß man auf den tatsächlich vorhandenen Unterschied zwischen alter und neuer Weltanschauung wie der auf ihnen beruhenden Gesellschafts- und Lebensformen zurückgreifen. Diese beiden Weltanschauungen als demokratische und diktatorische zu bezeichnen, ist ebenso unrichtig wie irreführend. Der grundlegende Unterschied ist, daß die erstere universal, die letztere regional ist.

Hierin liegt die Erklärung, warum der Anhänger der alten Weltanschauung, also der sogenannte Demokrat, so gar kein Verständnis für das aufbringt, was er „Faschismus“ nennt, warum er in seinem bloßen Vorhandensein eine Bedrohung erblickt. Während jeder Amerikaner in Deutschland sich selbstverständlich als Demokrat bekennt und auch niemand etwas anderes von ihm erwartet, steht er drüben in jedem Deutschen, der ebenso selbstverständlich zu seiner nationalsozialistischen Weltanschauung steht, einen „Nazi“, d. h. einen Agenten, einen Provokatoren und Propagandisten, womöglich einen bezahlten Gestapo-Mann. Gerade aus der Universalität seines Weltbildes heraus vermag der typische amerikanische Demokrat gar nicht zu fassen, daß es eine von der seinen grundlegend abweichende Weltanschauung und Lebensauffassung überhaupt geben kann, zum mindesten nicht, daß jemand aus freien Stücken und aus innerster Überzeugung heraus sich zu ihr bekennt.

Darin liegt auch der Trugschluß und die Täuschung über die angeblich unbeschränkte demokratische Meinungs- und Pressefreiheit. Sie ist es, solange das grundlegende demokratische Dogma nicht ernstlich bedroht ist. Und wie gesagt, das Land ist so groß, so reich, und der demokratische Glaube so festgewurzelt, daß der Staat eine ziemlich Freiheit gewähren kann, zumal ihn Presse und Publikum weitgehend unterstützen. Das als „unamerikanisch“ empfundene oder als solches Gebraundmarkt hat in dem Lande der angeblich unbeschränkten Freiheit wenig Möglichkeiten, sich öffentlich zu betätigen.

Ich habe dies in jeder Hinsicht persönlich erlebt. Als ich im Jahre 1923/24 in den Vereinigten Staaten war, galt alles, was irgendwie mit Sozialismus, Kommunismus und Bolschewismus zusammenhing, als undemokratisch und unamerikanisch. Wer mit diesen Ideen irgend etwas zu tun hatte, konnte höchst unerfreuliche Erfahrungen machen,

sei es, daß er als Arbeiter oder Angestellter auf die schwarze Liste kam oder gesellschaftlich geschnitten wurde, wenn er nicht bei einer geringfügigen Veranlassung auf ein paar Jahre ins Zuchthaus gesteckt wurde, was auch vorgekommen ist. Ich kam damals gerade von einer Reise durch Sowjetrußland zurück. Eine der größten Zeitungen forderte mich zu einer Artikelserie auf, warnte mich aber gleichzeitig, auch nur das geringste Günstige über die Sowjetunion zu schreiben. Einstein, der, von einer wissenschaftlichen Gesellschaft zu einem Vortrag aufgefordert, nach New York kam, wurde damals als einem Kommunisten ursprünglich die Einreise verweigert und es wurden ihm die größten Schwierigkeiten gemacht.

Heute ist der „Faschismus“ dran, und ich mache in bezug auf ihn die gleichen Erfahrungen. Eine führende Monatschrift forderte mich zu einem Aufsatz über das heutige Deutschland auf. Er sollte „objektiv“ von einem nationalsozialistisch Eingestellten geschrieben sein, als Gegengewicht gegen die bisherigen abfälligen und gehässigen Aufsätze, um so die „Unparteilichkeit“ des Blattes zu beweisen. Da ich die Stimmung drüben kenne, schrieb ich von vornherein bereits so vorichtig und zurückhaltend wie möglich. Trotzdem erhielt ich den Beitrag zurück. In einer persönlichen Unterredung gab mir der Herausgeber zu, daß der Aufsatz durchaus maßvoll und objektiv gehalten sei. Er bezweifelte auch nicht im geringsten die in ihm gebrachten Ziffern und Tatsachen. Aber er erklärte, ihn trotzdem nicht bringen zu können. Seinen Abonnenten wie insbesondere seinen Inserenten gegenüber könne kein Blatt in U.S.A. wagen, in so günstigem oder selbst nur objektivem Sinne über Deutschland zu berichten.

Das heißt, man sagt ja nicht etwa „Deutschland“ oder „Deutsche“, sondern „Hitlerismus“ und „Nazi“. Und bis heute versucht man verzeifelt, einen Unterschied zu konstruieren zwischen den wahren Deutschen und ihren „nationalsozialistischen Bedrückern“.

Auf die Dauer fällt es natürlich immer schwerer, diese künstliche und unwahre Unterscheidung aufrechtzuerhalten. Man mag bei Ihnen immerhin die Wahlergebnisse als gefälscht oder erzwungen hinstellen. Aber daß dem Führer, wann und wo immer er sich zeigt, geradezu beispiellose Huldigungen gebracht werden, daß immer und überall die Abperrungstetten durchbrochen werden und die Masse Adolf Hitler mit einem wahren Rausch von Liebe und Hingabe überschüttet, das läßt sich auf die Dauer eben nicht verheimlichen.

Die Tatsache, daß Adolf Hitler seinerzeit ohne Gewalt und Putsch an die Macht gelangte, auf völlig gesetzlichem Wege durch eine überwältigende parlamentarische Mehrheit, läßt sich heute ja nicht aus der Welt schaffen. Man hat sie seinerzeit leichtsinnigerweise zugegeben, als man Hitler noch für einen Narren und die von ihm geschaffene Bewegung für einen rasch wieder verfliegenden Spuk hielt. Bedauerlicherweise — für jene — traf weder das eine noch das andere zu, und heute — insbesondere nach der Schaffung Großdeutschlands — sind beides harte Tatsachen, mit denen man sich wohl oder übel abfinden muß.

Wohl oder übel muß man also versuchen, sie zu erklären. Und Sie selber, Herr Gouverneur, tun es, indem Sie in Ihrer Rede sagen: „Es ist ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, daß Millionen intelligenter Menschen freiwillig den Weg der Freiheit verlassen. Sie tun es, weil sie, verwirrt und verzweifelt, keinen anderen Weg sehen!“

Ja, aber, sehr verehrter Herr Gouverneur, das wäre doch höchstens eine Erklärung für die Schaffung des allerersten sogenannten faschistischen Staates. Es wäre allenfalls eine Erklärung für die Entstehung des Nationalsozialismus und die Machtergreifung Adolf Hitlers. Bei Deutschland handelte es sich wirklich um ein Volk, das durch den sogenannten Friedensvertrag aufs äußerste bedrückt, geknechtet und an den Rand der Verzweiflung gebracht worden war. Aber schon für den Siegerstaat Italien gilt es nicht, und erst recht nicht für all die vielen andern Länder und Völker, die seitdem dem Beispiele Italiens und Deutschlands mehr oder weniger folgten.

Sie selber, Herr Gouverneur, geben das ja zu, indem Sie ihre große Rede mit den Worten beginnen: „Allüberall auf der Welt sind heute Grundsätze unter Feuer, für die Amerikaner kämpften und starben. Seit dem Weltkriege sind die, die an die Demokratie glauben, auf dem Rückzug. Und wenn nicht etwas geschieht — und zwar schnell —, so mag dieser Rückzug in haltlose Flucht ausarten.“

Ja, sehr verehrter Herr Gouverneur, muß ich wiederum ausrufen, ist denn nicht das, was Sie da sagen, geradezu verblüffend! Ist es denn nicht erstaunlich und im Grunde durch



Walter Schmock

Feierabend

und durch unverständlich, daß ausgerechnet nach dem gewaltigen Kreuzzug zur Rettung der Demokratie, nach dem großen Kriege „to make the world safe for democracy“ die Demokratie in der ganzen Welt solchen, wie Sie selber sagen, katastrophalen Zusammenbruch erlebt? Und selbst wenn es so sein sollte — so sonderbar das auch klingt! —, daß allüberall, auch in den Siegerstaaten, auch in den Ländern, die sich durch den Krieg phantastisch bereicherten, lediglich Not, Elend und Verzweiflung die Menschen für den Faschismus reif machen, und sie das Joch der Diktatur willig auf sich nehmen lassen — ja, wer ist denn dafür verantwortlich zu machen, wenn nicht die Demokratie, die doch im November 1918 auf der ganzen Linie gesiegt hatte? Und wenn diese Verelendung, dieser wirtschaftliche Notstand selbst die Vereinigten Staaten bedroht und hier die Gefahr des Faschismus und der Diktatur herausbeschwört, wie Sie, Herr Gouverneur, in Ihrer Rede in den ernstesten Worten darlegen, ja, liegt dann nicht die Vermutung nahe, daß irgend etwas mit der Demokratie nicht stimmt, daß zum mindesten bei ihrer praktischen Durchführung ein Fehler gemacht wurde? Sind es schließlich nicht bereits einhundertzweiundsiebzig Jahre her, daß Jefferson in der berühmten „Bill of rights“ allen Menschen Leben, Freiheit und gleichen Anteil am Glück verprochen? Nun, wenn man die amerikanische Demokratie auch nicht dafür verantwortlich machen kann, daß sie dies wundervolle Programm nicht auf der ganzen Welt verwirklicht hat, im eigenen Lande hätte sie doch reichlich Zeit und Gelegenheit dafür gehabt! Kein äußerer Feind hat sie all die Jahrzehnte hindurch ernstlich bedroht. Sie hatte einen großen, leeren, reichen Kontinent zu ihrer Verfügung. Sie selber, Herr Gouverneur, zählten in Ihrer Rede ja den ungeheueren Reichtum Ihres Landes auf, mit dem sich kein anderes messen kann. Und Sie fahren dann fort, daß trotz all dieser Reichtümer das amerikanische Volk in seiner Masse geradezu beschämend und jämmerlich untergebracht wäre.

Sie haben damit zweifellos recht, Herr Gouverneur. Ich kenne all das, was Sie sagen, aus eigener Erfahrung, die grauenhaften Elendsviertel in New York, die „Flap“-Häuser von Chicago, in denen Menschen auf dem bloßen Boden schlafen und sich mit Zeitungen zudecken, aber auch die jämmerlichen Bretterbuden der Farmer in Dakota, der Bergbauern in den Smokymountains oder der Pachtnechte in Louisiana. Sagte nicht Edgar Wallace, daß es selbst im rückständigsten Winkel Europas keine so elende Farmerbevölkerung gäbe wie in manchen Gebieten der großen und reichen Union?

Ja, warum ist das so, Herr Gouverneur? Sie führen in Ihrer Rede doch aus, es sei das Wesen der Demokratie, daß sie den Willen des Volkes erfülle! Ja, will denn das Volk in USA diese jämmerlichen Wohnstätten? Will es all das Elend der unaufhörlichen Arbeitslosigkeit, die Sie die „Schwarze Pest des zwanzigsten Jahrhunderts“ nennen?

Und wenn das Volk es nicht will, warum ändert es das alles denn nicht? Hat denn dieses amerikanische Volk nicht seit anderthalb Jahrhunderten die Macht dazu? Sie, Herr Gouverneur, bezeichnen als Faschismus die Herrschaft eines einzelnen oder einer kleinen Gruppe mittels Gewalt, als Demokratie aber laut Abraham Lincoln „als die des Volkes durch das Volk und für das Volk“. Sie führen auch Jefferson an, der sagte: „Die gerechte Macht der Regierungen beruht auf der Zustimmung der Regierten.“ Und schließlich noch die Stimme Ihres Vaters, Robert La Follette: „Der Wille des Volkes soll das Gesetz des Landes sein.“

Wären diese wunderbaren Grundsätze, die Jefferson, Lincoln wie Ihr eigener Vater seit mehr als 150 Jahren immer von neuem verkündeten, auch nur halbwegs verwirklicht worden, dann brauchten Sie, Mr. La Follette, heute nicht aufzustehen, um zu versuchen, das amerikanische Volk vor der drohenden „Schwarzen Pest“ zu retten. Ja, wer hat denn diese Plage über Amerika gebracht. Ein äußerer Feind? In dem glücklichen Lande, das keiner je ernsthaft bedrohen kann! Der Faschismus? Wie könnte solcher entstehen, im Ursprungsland der Demokratie, die alle Menschen reich und glücklich macht!

Und hätten die großen Parteien, Republikaner wie Demokraten, die einander an der Macht abwechselten, sich an die Grundsätze gehalten, die sie verkünden, brauchten Sie, Herr Gouverneur, dann eine neue Partei zu gründen, von der Sie sagen, daß es keine dritte Partei ist, sondern die Partei, die Partei unserer Zeit!

Sie haben ganz recht, es ist die Partei unserer Zeit. Und sie ist es, weil sie auf faschistischen Grundsätzen beruht. Oder lassen Sie mich als Deutschen lieber das mir näher liegende Wort „nationalsozialistisch“ gebrauchen. Dieses hat noch den Vorzug, daß in ihm bereits ausgesprochen ist, was es bedeutet, wofür es steht.



Lothar Günther Buchheim

Waldspuk  
Bleistiftzeichnung

Tatsächlich, man mag es drehen, wie man will, man kommt nicht darum herum: die Verbindung dieser beiden Begriffe umschließt die Zauberformel unserer Zeit. Der nationale Sozialismus ist es, der berufen erscheint, das Erbe des Liberalismus, der Demokratie, kurz jener großen Bewegung anzutreten, die einen neuen Menschheitsfrühling heraufzuführen verspricht.

Die Vereinigten Staaten stehen zwar nicht am Anfang dieser Bewegung, aber sie haben sie mit der Erklärung der Menschenrechte zum ersten Male klar und eindeutig formuliert. Glauben Sie mir, Herr Gouverneur, kein Nationalsozialist, kein Faschist verkennet den ungeheuren Schwung, von dem diese Bewegung getragen war, ihre idealen Ziele. Schließlich haben auch genug große Deutsche sich für sie begeistert, für sie gekämpft und geblutet. Und keiner von uns wird sich weigern, zu verstehen, wie schwer es Amerika, das mit der Demokratie und durch sie groß und mächtig wurde, fallen muß, sie aufzugeben, einzugestehen, daß es nicht so geht, wie es Jefferson und Lincoln vorschwebte, daß neue Wege begangen werden müssen.

Im Grunde handelt es sich wirklich nur um neue Wege, nicht um eine neue Sache. Auch der Faschismus, der Nationalsozialismus will ja nichts anderes, als die Sicherung von Leben, Freiheit und Glück. Nur haben die Völker, die sich heute zu ihm bekennen, durch eine lange Leidenszeit, durch eine harte, bittere Schule erkennen müssen, daß es nicht so einfach geht, wie es den demokratischen Idealisten, den humanistischen Menschheitschwärmern vorschwebte. Wir Nationalsozialisten haben einsehen gelernt, daß es eben keine Panacäe gibt, kein Allheilmittel für alle Rassen und Völker, kein allgemein gültiges Rezept oder Formel, weder auf geistigem noch auf politischem Gebiet, nicht auf sozialem und nicht auf wirtschaftlichem. Sondern ein jedes Volk, ein jeder Staat muß aus seiner Rasse und seinem Raum den Gedanken gebären, die Lebensformen zu schaffen, die ihm gemäß sind und mit denen er hoffen kann, die idealen Zielsetzungen eines Jefferson, eines Lincoln zu verwirklichen.

Das ist freilich nicht durch ein vages Schwärmen in allgemeinen Menschheits- und Friedensidealen zu erreichen, noch durch das bequeme Nachahmen der von einem fremden Volke geschaffenen Vorbilder. Was ist aus Kuba geworden, das doch Verfassung wie Gesellschafts- und Wirtschaftsform der Vereinigten Staaten peinlich genau nachahmte, bis auf den Buchstaben, bis zur letzten Säule seines Kapitols? Oder China? Sind für dessen tragisches Geschick nicht zum wenigsten die „returned students“, die zurückgekehrten Studenten, mitverantwortlich, jene Studenten, die sich auf amerikanischen Hochschulen mit den Ideen amerikanischer Demokratie vollzogen und sie nach ihrer Rückkehr gedanken- und kritiklos auf ihr Heimatland anzuwenden suchten?

Aber wir Deutschen brauchen nicht bis in den Fernen Osten zu schweifen, um Beispiele zu suchen. Ist es uns nicht ebenso ergangen? Haben wir nicht, oder wenigstens viele von uns, den Versprechungen der amerikanischen Demokratie vertraut? Glaubten wir nicht, Wilson meine es ehrlich, als er die vierzehn Punkte aufstellte und uns den Frieden ohne Sieger und Besiegte verhieß, wenn wir die Waffen niederlegten und uns zur Demokratie bekannten? Und als wir es vertrauend taten, da hob man nicht einmal die Blockade auf und ließ noch Tausende verhungern. Ja, verhungern, Herr Gouverneur, wie heute noch im gelobten Land der Demokratie, in Ihrem eigenen Lande, Menschen verhungern.

Das aber ist es, was der Nationalsozialismus nicht will, unter keinen Umständen. Keiner soll hungern, keiner soll frieren. Und deshalb nehmen wir auch gerne Beschränkungen auf uns, unseres persönlichen Wohllebens wie unserer persönlichen Freiheit.

Ohne solche geht es nicht ganz, trotz allen Glaubens und aller Hingabe, am allerwenigsten in einem Lande, das derart arm, überbevölkert und ausgeplündert war wie Deutschland. Aber dieser Zwang, diese Beschränkungen sind nicht das Wesentliche des Nationalsozialismus.

Was das Wesentliche des Nationalsozialismus ist, haben Sie in Ihrer Rede selbst gesagt, Herr Gouverneur, freilich ohne sich zu ihm zu bekennen. Darf ich Sie darauf hinweisen? Punkt für Punkt! Wort für Wort!

Wenn Sie in Ihrer Rede sagen: „Niemand kann uns helfen außer wir selber“, wenn Sie ausrufen: „Wer soll uns retten, wenn nicht wir selber!“ Was ist das anderes als der erste nationalsozialistische Grundsatz, daß ein jedes Volk nur aus sich heraus Hilfe und Rettung und Erlösung finden kann. Das ist uns nichts Neues. Das hat unser

Führer seit Jahr und Tag gepredigt. Darauf beruhte in erster Linie Deutschlands märchenhafter Wiederaufstieg.

Und weiter! Wenn Sie eine Parteifahne schaffen mit dem Kreuz im Kreis, was ist das anderes als Nachahmung des Vorbildes des Hakenkreuzes, eine Befolgung der nationalsozialistischen Erkenntnis, daß es eines äußeren Symbols bedarf, um die Menschen um eine Idee zu sammeln.

Aber es sind nicht nur Einzelheiten und Außerlichkeiten, in denen Sie Adolf Hitlers großem Vorbild folgen. Es ist Gesamthalt und Tendenz Ihrer Rede.

Sie sagen: „Wir dürfen nicht vergessen, daß das Wirtschaftssystem geschaffen wurde, um den Menschen zu dienen, nicht die Menschen um des Wirtschaftssystems willen.“ Dieser Ausspruch stammt genau so von Hitler wie etwa der folgende: „Durch lange Erfahrung haben wir gelernt, daß aller Fortschritt auf jedem Gebiet von denen stammt, die den Mut, die Voraussicht und die Kraft haben, neue Wege zu finden, die Arbeit in der Welt zu tun.“

Und alles, was Sie, Herr Gouverneur, über die Arbeit ausführen, und die Notwendigkeit, mehr zu produzieren, das ist Nationalsozialismus, das haben Sie — vielleicht ohne es zu wissen — von dem deutschen Führer übernommen. In der gleichen Weise, wie Sie es jetzt wollen und vorschlagen, hat Hitler seit langem das ökonomische Problem angefaßt und die Arbeitslosenfrage gelöst. Die Formel, die Sie für die Befreiung aus der Krise verkünden: „Mehr produzieren als verbrauchen!“ hat lange vor Ihnen Adolf Hitler unermüdlich wiederholt und durch seine Anordnungen in die Praxis überführt. Und das gleiche gilt von all den praktischen Maßnahmen, die Sie vorschlagen, vom Straßen- und Wohnstättenbau wie von der staatlichen Überwachung des Geld- und Kreditwesens.

Und zum Schluß Ihrer Rede werden Sie völlig nationalsozialistisch, indem Sie ausführen, daß auch die besten ökonomischen Maßnahmen nichts nützen, wenn sie nicht aus einem tiefen, reinen Glauben heraus erfolgen. Sie wiederholen das nationalsozialistische Bekenntnis, daß Arbeit Gottesdienst bedeutet, und Arbeiten Beten heißt.

\*

Alle das aber glauben Sie, Ihren amerikanischen Hörern und Lesern nur vorsetzen zu können unter sorgfältigster Vermeidung des Namens Adolf Hitler und des Nationalsozialismus. Ja, Sie wäghen sich dadurch als guten amerikanischen Demokraten immer wieder ausweisen zu müssen, indem Sie Faschismus und Diktatur verurteilen und beschimpfen. Glauben Sie nicht, Herr Gouverneur, daß es endlich an der Zeit ist, zu sagen, was ist, und das Gewebe von Lüge, Verleumdung und Verzerrung zu zerreißen, das ein verhältnismäßig kleiner Kreis durchaus nicht amerikanischer Menschen über die wahren Verhältnisse in den sogenannten faschistischen Ländern und das wahre Wesen des Faschismus warf?

Das heißt: wahrscheinlich glauben Sie selber daran. Fairness ist eine typisch amerikanische Eigenschaft, und sie ist so besonders charakteristisch für die Familie La Follette, daß ich es mir nicht anders erklären kann, als daß Sie ehrlich all das glauben, was Sie in Ihrer Presse über Hitler und den Nationalsozialismus gelesen haben und noch täglich lesen.

Aber wäre es nicht ernstlich an der Zeit, daß das amerikanische Volk die geistige Knechtschaft bricht, in der es eine im Grunde doch lächerlich kleine Anzahl Menschen hält, die, ihrer Herkunft und auch der kurzen Zeit nach, die sie erst in den Staaten leben, doch wirklich kein Recht haben, sich als die Wahrer der amerikanischen Demokratie und die Wortführer des amerikanischen Volkes zu gebärden? Ist nicht die Freiheit zur Lüge der schlimmste Auswuchs der demokratischen Freiheit?

Es ist sehr seltsam. Im Grunde weiß eigentlich jeder Amerikaner, in welchem Maße seine Zeitungen lügen, und daß sie es um der persönlichen und finanziellen Interessen einer kleinen Clique willen tun; und trotzdem läßt er sich von ihnen beeinflussen. In der letzten Zeit haben sich die Bekenntnisse amerikanischer Publizisten gehäuft, die rücksichtslos den Schleier von der sogenannten Pressefreiheit zogen, indem sie darlegten, daß sie einfach schreiben müssen, was ihre Arbeitgeber von ihnen fordern, ohne Rücksicht auf die Wahrheit. Selbst Präsident Roosevelt hat erst kürzlich in

persönlichen Besprechungen mit führenden Schriftleitern darauf hingewiesen, wie unfair die Haltung der Presse ihm gegenüber ist. Er macht sie für die Angstpsychose verantwortlich, die das amerikanische Volk ergriffen hat, und meinte schließlich, die Mehrzahl der Washingtoner Korrespondenten seien zwar „gute Jungs“ (good fellows), aber viele von ihnen seien leider gezwungen, Dinge zu schreiben, deren Unwahrhaftigkeit sie kennen.

Bei dieser Haltung der amerikanischen Presse gegen den Präsidenten des eigenen Landes, hinter dem die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht, kann man kaum eine auch nur halbwegs richtige und gerechte Einstellung einem fremden Lande und Volk gegenüber erwarten, mit dem man noch dazu vor gar nicht so langer Zeit im Krieg lag.

Dieses deutsche Volk aber, das Amerika heute unter Anleitung und Führung seiner Presse und Politiker glaubt, nicht nur beschimpfen und verleumden zu dürfen, sondern sogar zu müssen, hat nun aber aus seiner Mitte heraus einen Mann geboren, der bereits all das verwirklicht hat, was Sie in Ihrer Rede als erstrebenswert hinstellen, und er hat es aus einer unergleichlich größeren Notlage heraus geschaffen als die, in der sich Amerika heute befindet. Glauben Sie nicht, Herr Gouverneur, es wäre fairer und auch richtiger, sich offen zu dem Vorbild zu bekennen, dem man nachstrebt, als es zu verleugnen, ja es zu beschimpfen?

Ich glaube, das ginge um so leichter, als das Wesen des Nationalsozialismus sich ja eine regionale Begrenzung setzt, nicht universale Ausweitung wie die Demokratie. Was Mussolini vom Faschismus sagte, daß er keine Exportware sei, haben in gleicher Weise alle nationalsozialistischen Politiker ausgesprochen. Und so werden Sie, Herr Gouverneur, dem nationalsozialistischen Vorbild auch nur in seinen Grundzügen zu folgen brauchen und folgen können. Im einzelnen werden sie den amerikanischen Faschismus — oder sagen wir richtiger Amerikanismus, um nun einmal vorhandene amerikanische Empfindlichkeiten nicht zu verletzen — aus den besonderen Bedingungen des amerikanischen Raumes und der ihn bewohnenden Rassen heraus schaffen müssen.

Ich habe mich mit den möglichen Formen wie der Wesensart dieses „Amerikanismus“ seit Jahren beschäftigt. Gerade aus meinem nationalsozialistischen Bewußtsein heraus war ich mir von vornherein klar, daß Amerika noch weniger als irgendein europäisches Land dem gegebenen deutschen oder italienischen Vorbilde ohne weiteres folgen kann, sondern seinen eigenen Weg gehen müsse. In meinem Buche „Amerikas Schicksalsstunde“ habe ich mich ausführlich damit beschäftigt.

Lange habe ich gezweifelt, ob die Grundkräfte und Grundgedanken des Nationalen Sozialismus, die ich auf der ganzen Erde am Werke sehe, auch auf die Vereinigten Staaten anwendbar seien, da es sich bei diesen ja nicht um eine Nation, sondern um ein Bevölkerungsgemisch handelt, das erst eine Nation werden will. Lange habe ich geglaubt, daß Amerika seine eigene, besondere Formel aus sich heraus schaffen würde, etwa ein Drittes, neben Faschismus und Bolschewismus. Aber es scheint — und Ihre eigene Rede wie Ihre Parteigründung bestätigen es —, daß es etwas Derartiges nicht gibt. Und somit sieht es so aus, als ob auch Amerika wie jedes andere Land einmal wird wählen müssen zwischen dem Faschismus oder dem Bolschewismus der ihm gemäßen Art und Prägung.

\*

Sie wundern sich wahrscheinlich, Herr Gouverneur, daß ich mit diesem Ausdruck anscheinend über die Demokratie zur Tagesordnung übergehe und ihr keinerlei Daseinsberechtigung für die Zukunft zuerkenne, und Sie sind vielleicht verletzt darüber? Nun, nichts liegt mir ferner, als Ihre Gefühle oder die des amerikanischen Volkes verletzen zu wollen, obgleich man uns gegenüber von der andern Seite weniger rücksichtsvoll ist. Aber ich glaube, wir kommen wirklich nur weiter, wenn man klar sieht und offen sagt, was ist. Und daß die Demokratie in der heutigen Form der parlamentarischen Finanzdemokratie mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen der Zeit nicht fertig wird, das geben Sie selber ja offen zu. Sonst bedürfte es ja nicht Ihrer neuen Partei. Was aber ewig ist an dem Gedanken der Demokratie, wofür die Menschen immer wieder aufgestanden sind, gekämpft und geblutet haben:

das Streben, die Rechte aller, des Volkes, gegenüber Ehrgeiz und Eigennutz einzelner oder einer Klasse oder Klasse zu verteidigen, das lebt heute — wie wir Nationalsozialisten glauben — in den sogenannten faschistischen Staaten mindestens so gesichert weiter, wenn nicht gesicherter, wie in den sogenannten demokratischen.

Das mag Ihnen, Herr Gouverneur, geradezu grotesk und widersinnig vorkommen; denn es schlägt all dem ins Gesicht, was man Sie von Jugend auf gelehrt hat, und was man Ihnen täglich in Presse, Radio, Kino und Theater vorsetzt. Aber wenn Sie mir ebenso die ehrliche Überzeugung und den guten Glauben zu billigen, wie ich Ihnen, so erkennen Sie wenigstens, wie meilenweit sich unser beider Denken voneinander entfernt hat. Und Sie sagen sich vielleicht, daß es doch immerhin der Mühe wert sein mag, sich mit einer Weltanschauung zu beschäftigen, die Menschen von weltweiter Erfahrung derart in ihren Bann schlägt, nicht zu reden von den praktischen Erfolgen, die sie im eigenen Lande erreichte.

Wenn Sie, Herr Gouverneur, nur ein wenig davon wüßten, wie sehr der Nationalsozialismus sich müht, den letzten Volksgenossen zu gewinnen, zu erziehen, zu unterrichten, so würden Sie erkennen, in welchem Maße bei uns verwirklicht ist, was Sie in Ihrer Rede als „die amerikanische Art“ hinstellen, daß die Gesamtheit des Volkes die großen politischen Fragen erfährt und versteht. Und wenn es nach Ihren Worten das Wesen der Demokratie ausmacht, die Herrschaft des Volkes dadurch zu sichern, daß allen seinen Gliedern ohne Rücksicht auf Geburt und Geld der Aufstieg zur höchsten Macht im Staate offensteht — nun, in Deutschland steht er nicht nur jedem Bauernsohn und Arbeiterkind offen, nein, man müht sich auch von Staat und Partei aus, alle nur irgendwo im Volke vorhandenen Begabungen zu entdecken, zu wecken, zu pflegen und zu fördern.

Doch genug davon, Herr Gouverneur. Es war nicht meine Absicht, Ihnen eine Lobeshymne auf den Nationalsozialismus vorzusingen. Mitunter fließt einem das Herz über und geht einem die Feder durch, wenn man erlebt, wie andere Völker unsere Ideen übernehmen und trotz dem fortfahren, uns zu schmähern.

Eines muß freilich dazu gesagt werden. Mit dem Nachsprechen der Leitsätze Adolf Hitlers allein ist es ebenjowenig getan, wie mit dem Nachahmen einzelner Maßnahmen. Das hat Herr Schulzinnig zu seinem Leidwesen erfahren, der glaubte, es genüge, an Stelle des Hakenkreuzes das Kreuzkreuz zu setzen und an Stelle der Volksgemeinschaft die Vaterländische Front. Im Gegensatz zu der Weltart und Menschheit umspannenden Demokratie ist der Faschismus etwas Begrenztes und Eigengewachsenes. Er läßt sich nicht übertragen, sondern nur aus den Gegebenheiten eines Landes und Volkes jeweils neu schaffen.

Dazu gehört freilich Mut, der Mut, mit dem Alten zu brechen und das Neue bewußt zu wollen. Roosevelt hatte ihn nicht. Er dachte, mit Kompromissen auskommen zu können, und darum wird er schließlich scheitern. Das Neue aber heißt Sozialismus und Nationalismus in engster Verbindung und Durchdringung. Das eine geht nicht ohne das andere. Sie, Herr Gouverneur, scheuen sich einstweilen noch vor beidem. Sie polemisieren gegen den ersteren und glauben ihn in dem Namen Ihrer neuen Partei durch das Wort Fortschritt ersetzen zu können. Aber „Fortschritt“ — das ist unbestimmt. Mit Fortschritt allein ist den Massen nicht gedient. Die wollen den Sozialismus, das heißt die unbedingte Sicherung ihrer Existenz und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle, im Grunde also nichts anderes, als was bereits Jefferson der Menschheit verhieß.

Und die Massen wollen den Nationalismus. Sie wollen ihn wirklich! Er ist nicht etwa bloß die böswillige Erfindung einiger Rassenfanatiker. Wäre der nationale Wille nicht so übermächtig, wie hätte das kleine irische Volk seine Freiheit gegenüber dem gewaltigen England erkämpfen und ertragen können? Und was heißt es an Opfern und Mühe, daß dieses Volk seine bereits so gut wie ausgestorbene und vergessene Sprache wieder hervorholt und belebt, weil eben zu einer eigenen Nation auch eine eigene Sprache gehört, weil sich eben nur in ihr das Letzte, Innerste der Seele ausdrücken läßt. Es ist die Seele des Menschen, nicht seine Machtgier, die die Nation will, um sich in ihr zu verkörpern.

Damit sind wir freilich für Amerika bei dem heikelsten Punkt, da es sich hier eben noch um kein Volk, sondern um eine Vielfalt von Völkern handelt. Ist da nicht der nationalsozialistische Gedanke ein gefährlicher Sprengstoff?

Er ist es nicht, wenn man ihn nur in seinem Wesen erfährt und erkennt. Auf dem Wege über die nationale Bewußtwerdung der Völker strebt er zu ihrem friedlichen Zusammenschluß. Ist es nicht bemerkenswert, daß bei der Volksabstimmung über Groß-

deutschland die Masuren in Ostpreußen wie die Polen in Oberschlesien ebenso für Hitler stimmten wie die tschechische Minderheit in Wien oder die Slowenen an der Südgrenze Kärntens?

Läßt man in den Vereinigten Staaten den nationalen Gedanken all seiner verschiedenen und so verschiedenartigen Bevölkerungselemente in aller Ruhe sich ausbreiten, so wird man eher zu einer Synthese gelangen, zu einem wirklichen amerikanischen Volk, als wenn man diesen Prozeß künstlich oder gar zwangsmäßig beschleunigen wollte.

Um den Gedanken des nationalen Sozialismus zu verwirklichen, der auch für Amerika die Wiedergeburt bedeuten wird, ist es freilich nötig, sich ihm erst einmal vorurteilslos zu öffnen, sich ihn in seinen Verwirklichungen überhaupt erst einmal anzusehen! Das geht allerdings solange nicht, als man einem zahlenmäßig kleinen, aber die öffentliche Meinung restlos beherrschenden Bevölkerungselement in USA. gestattet, dem gesamten amerikanischen Volke die Wahrheit, die nackten Tatsachen einfach vorzuenthalten. Soll doch sogar das amerikanische Volk seine glorreichen Siege bei den Olympischen Spielen nicht sehen, weil der in jüdischen Händen befindliche Filmverleih diesen Film nicht hereinlassen will: er wurde in dem verhassten Deutschland gedreht!

Vom Standpunkt der Juden aus ist es freilich verständlich, wenn sie mit allen Mitteln und äußerster Skrupellosigkeit den Nationalsozialismus bekämpfen; denn er bedroht die „tausendjährige Chance“, die das Zeitalter der universalen Demokratie mit seinem verschwommenen Humanismus für dieses universale, über die ganze Erde verstreute Volk heraufführte.

Eine spätere Zeit wird wahrscheinlich erst voll würdigen, in welchem Maße durch den Einbruch dieser Wüstenwanderer in fühle nordische Völker das universale Zeitalter überhaupt erst heraufgeführt wurde. Jedenfalls waren die Juden seine größten Nuhnicker. Und darum wachen sie auch so darüber. Sie haben sich bisher jeder neu auftauchenden Bewegung, jedes neuen Gedankens sofort bemächtigt, um sie in der Hand zu behalten. Und sie waren auch bereit und auf dem Sprunge, dem Nationalsozialismus gegenüber nicht anders zu handeln, hätte Adolf Hitler sie nicht vom ersten Augenblick an so rücksichtslos zurückgewiesen und bekämpft.

Dieser unerbittliche Antisemitismus hat dem Nationalsozialismus die Sympathien der Welt gekostet, ja uns unversöhnlichen Haß eingetragen. Er ist den meisten Amerikanern völlig unverständlich. Und ich muß gestehen, auch manchen von uns Älteren, die wir in den universalen Ideen des liberalen Zeitalters aufwuchsen, war es nicht leicht, den Führer in diesem Punkte zu verstehen und ihm zu folgen. Aber wenn ich jetzt sehe, wie, kaum daß Ihre neue Bewegung ins Leben tritt, sich die Herren Laguardia, Frankfurter usw. an sie heranmachen, glaube ich doch, daß Adolf Hitler hundertprozentig recht hatte. Die neue regionale, auf der bewußten nationalen Gliederung beruhende Weltordnung kann nicht mit, sondern nur gegen eine grundsätzlich und zwangsläufig universal denkende Rasse verwirklicht werden.

Aber ich will mich um Gottes willen nicht in amerikanische Verhältnisse einmischen und Ihnen, Herr Gouverneur, einen unerbetenen Rat aufdrängen. Allein als ein Publizist, der seit bald dreißig Jahren die Welt bereist und sich mit den Fragen der Weltpolitik beschäftigt, darf ich immerhin eine Meinung äußern. Und wenn ich es wage, eine Prognose zu stellen, so weil ich an mehreren meiner bisherigen die Wahrheit des chinesischen Sprichwortes erproben konnte: „Richtig urteilt, wer aus der Ferne sieht.“

Und diese Prognose lautet: Ich glaube — und ich habe das bereits vor Jahren ausgesprochen —, daß sich um die Mitte der zweiten Präsidentschaft Roosevelts die ersten deutlichen Anzeichen einer schweren Krise in USA. bemerkbar machen werden, die in ihrem Verlauf zu einem völligen Umbruch und zu einer Neugeburt der Vereinigten Staaten führen wird. Ob dieser auf dem schmerzhaften Umwege eines kommunistisch-bolschewistischen Zwischenspieles erfolgt, wird davon abhängen, ob rechtzeitig ein Führer ersteht, der den Mut hat, sich zu einem amerikanischen nationalen Sozialismus zu bekennen. Sie, Herr Gouverneur La Follette, haben durchaus recht mit Ihrer Überzeugung, daß die Erneuerung nicht aus dem demokratischen Süden oder dem republikanischen Osten kommen kann, sondern lediglich aus dem Mittelwesten. Hier in der großen Ebene, in der endlosen, in Weizen- und Maisfelder umgewandelten Prärie

schlägt das Herz Amerikas. Hier liegt der Kern des Kontinentes. Hier sind die Möglichkeiten zur Schaffung einer der großen Flußkulturen der Erde gegeben, wie sie China im Stromgebiet des Hoangho und Jangtsekiang schuf. Die Ureinwohner Amerikas konnten sie nicht schaffen, weil zu früh die europäische Invasion hereinbrach. Nun ruht die Aufgabe auf den Schultern der Söhne und Töchter Europas, die gerade hierher aus allen Ländern zusammenströmten und die gerade um ihrer völkischen Vielfalt willen einen Kontinentstaat von beispiellosem Reichtum, auch seelischer und kultureller Art schaffen könnten, wenn nur die einzelnen Volkstumskräfte nicht unterdrückt und nivelliert, sondern zur Entfaltung gebracht werden.

Ein solches Amerika könnte Europa Vorbild sein und Hilfe leisten auf seinem viel schwierigeren Wege zur kontinentalen Einheit. Darum, Herr Gouverneur, verfolge ich mit solch brennendem Interesse Ihren großen und kühnen Versuch.

Ich sehe zwei Wege vor Ihnen offen. Der erste, bequemere und näherliegende führt über eine Fusion mit Laguardia, Lewis, Frankfurter, Murphy, der Farmer- und Arbeiterpartei von Minnesota und der Non Partisan Liga von New York zu dem raschen Erfolg einer ansehnlichen, wenn auch uneinheitlichen Wählermasse. Ich fürchte jedoch, es wird eine amerikanische Art Volksfront werden, in der Sie von Lewis und Laguardia wohl bald in die zweite Reihe gedrängt werden könnten. Davon abgesehen, sollte das Schicksal der Volksfront in Spanien und Frankreich schreden.

Der zweite Weg ist sehr viel mühsamer. Er wird zunächst vielleicht sogar über Rückschläge und Mißerfolge führen; denn er verlangt den Mut zur Unpopularität. Er bedingt, Dinge zu sagen, die einstweilen in den Staaten noch unerhört sind. Er zwingt dazu, die Dinge zu sehen, wie sie sind, und sie beim richtigen Namen zu nennen, selbst wenn der Name Nationaler Sozialismus lauten sollte.

Ich weiß, daß auf diesen Brief hin mich Herr Dickstein und Genossen wieder der Nazi-Propaganda in USA. beschuldigen werden. Aber ich muß da wirklich fragen: wach ein Interesse sollten wir denn eigentlich haben, Amerika zum nationalsozialistischen Gedanken zu bekehren? Der Nationalsozialismus hat uns über alle Vorstellung hinaus groß und stark gemacht, haben wir wirklich ein Interesse daran, ausgerechnet dem Land und Volk, das uns das größte Unverstandnis entgegenbringt, den Schlüssel zu unserm Erfolg zu verraten?

Und wenn ich trotzdem von ganzem Herzen wünsche, daß Sie, Herr Gouverneur, oder auch ein anderer den Weg finden mögen, der Amerika an dem Chaos und der Barbarei vorbeiführt, die Sie voraussehen und von deren Drogen Sie in Ihrer Rede sprechen, so weil ich Amerika liebe, weil ich mit den Meinen glückliche Jahre dort verlebte, weil ich mich mit Millionen seiner Bewohner auf Grund meiner deutschen wie meiner schottischen Vorfahren verwandt fühle, und schließlich weil ich glaube, daß der Beitrag Amerikas für die Befriedung wie die Neuordnung der Welt nicht entbehrt werden kann.

Es mag sein, Herr Gouverneur, daß die Routine des Politikers Sie sich nicht offen zu dem Neuen bekennen läßt, das Sie in Ihrer großen Rede anklingen lassen. Es mag sein, daß Sie es nicht sehen können oder nicht sehen wollen, oder daß Sie glauben, aus Taktik den nationalsozialistischen Ideengehalt Ihrer neuen Partei verbergen zu müssen, und wähen, dies erfolgreich nur dadurch tun zu können, indem sie den Nationalsozialismus schmähern, nicht anders wie Roosevelt es macht. Es mag sein, daß Sie mich deshalb ignorieren oder desavouieren werden.

Aber wie dem auch sein mag. Das ist belanglos. Ich habe diesen Brief geschrieben, weil ich ihn schreiben mußte, vom Herzen herunter und aus einem heißen Herzen heraus.

Und aus diesem Herzen heraus wünsche ich, daß es endlich gelingen möge, die giftige Nebelwand von Haß, Lüge und Verleumdung zu durchstoßen, die Menschen weder deutschen noch amerikanischen Blutes zwischen unseren beiden Völkern errichteten, so daß wir einander in die Augen schauen und uns erkennen können.

Und aus dem gleichen Herzen heraus wünsche ich um Amerikas wie um Deutschlands willen, daß „die Partei unserer Zeit“ Ihr Land vor „Chaos und Barbarei“ bewahren und in den gleichen Zustand des Arbeitsfriedens und der Zufriedenheit aller seiner Bewohner führen möge, in dem das meine sich dank des Wertes Adolf Hitlers bereits befindet.